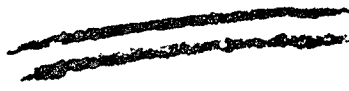


Nr. 12354 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich



Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 25. Jänner 1994
GZ: 10.101/491-X/A/2a/93

5621/AB

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

1994-01-26

zu 5829/J

Parlament
1017 W I E N

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5829/J betreffend Verkaufsantrag für die Schwarzenberg- und Struberkaserne, welche die Abgeordneten Böhacker und Kollegen am 16. Dezember 1993 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkte 1 bis 5 der Anfrage:

Ist es richtig, daß für die Verkaufsermächtigung der Schwarzenberg- und/oder Struberkaserne ein konkreter Verkaufsantrag vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten erforderlich ist?

Ist ein solcher Verkaufsantrag vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten bereits erfolgt?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

Bis wann ist mit einem solchen Verkaufsantrag zu rechnen?

Republik ÖsterreichDr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Gibt es Gründe für eine weitere Verzögerung des Verkaufes der Kasernengründe, die in Ihrem Einflußbereich liegen?

Wenn ja, welche?

Gibt es Gründe für eine weitere Verzögerung, die außerhalb Ihres Einflußbereiches liegen?

Wenn ja, welche?

Antwort:

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hat im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Bundesministerium für Finanzen die Vorbereitungen zur Veräußerung der Struber-Kaserne soweit abgeschlossen, daß der Verkauf öffentlich angekündigt werden konnte. Die öffentliche Feilbietung ist zwingend notwendig, da es sich bei dieser Liegenschaft um ehemaliges deutsches Eigentum handelt.

Betreffend das Industrieareal der Schwarzenberg-Kaserne werden die Gespräche zwischen Land und Bund, insbesondere den Bundesministerien für Finanzen, für Landesverteidigung und wirtschaftliche Angelegenheiten, fortgesetzt.

Nach Vorliegen von ausverhandelten Kaufverträgen werden diese antragstellend an das Bundesministerium für Finanzen zur weiteren Behandlung herangetragen. Eine Zweckbindung der Verkaufserlöse zur Errichtung von Ersatzbauten des Bundesministeriums für Landesverteidigung wurde vom Bundesministerium für Finanzen zugesagt.

